

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V

Inhaltsverzeichnis VII

Abkürzungsverzeichnis LI

Literaturverzeichnis LXI

Kapitel 1 Begriffe, Krisenvermeidung, Krisenmanagement 1

A. Einleitung 1

B. Begriffsabgrenzungen. 3

 I. Die Bedeutung der Begriffsabgrenzungen 3

 II. Begriffsdefinitionen. 3

 1. Unternehmen. 3

 2. Krise. 4

 3. Insolvenz 5

 4. Insolvenzantragspflicht. 6

 5. Sanierung. 14

 6. Krisenmanagement. 15

C. Krisenvermeidung im Unternehmen 16

 I. Der Corporate Governance Kodex 17

 1. Vorstandsaufgaben 19

 2. Das Vergütungssystem 19

 3. Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten 19

 4. Die Bildung von Ausschüssen. 20

 II. Die Früherkennung bestandsgefährdender Entwicklungen 20

 1. Risikomanagement. 20

 2. Die Grenzen des Risikomanagements. 22

 III. Informationspflichten ggü. dem Aufsichtsrat. 27

 IV. Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats 29

 V. Die Besonderheiten der Abschlussprüfung 29

 VI. Praxisrelevanter Nutzen der Corporate Governance 29

 VII. Die Bilanzanalyse 30

D. Betriebliche Ausgangssituation. 31

 I. Die Krise des Unternehmens. 31

 II. Der Weg aus der Unternehmenskrise 33

 1. Einleitung 33

 2. Früherkennungssymptome. 34

 3. Die Sanierungsprüfung. 35

 4. Das Sanierungskonzept 36

 5. Wertvernichter »Insolvenz«? 37

E. Der Weg aus der Krise 37

 I. Aspekte der Krisenbewältigung. 37

 1. Auffassung der Praktiker. 39

 2. Auffassung der Wissenschaft. 39

 3. Sanierung als Führungsaufgabe. 40

 4. Managementzyklus und Sanierungspraxis. 40

 II. Sanierungssystematik 41

 1. Fachfunktionen der Sanierung 41

 2. Schritte des Krisenmanagements 42

F.	Organisation des Krisenmanagements	43
I.	Grundsätzliche Überlegungen	43
II.	Aspekte des Krisenmanagements	43
1.	Initiatoren des Krisenmanagements	43
2.	Träger des Krisenmanagements	43
3.	Führungsstil beim Krisenmanagement	44
4.	Neue empirische Erkenntnisse zum Führungsstil	45
5.	Führungskompetenzen in der Sanierung	45
Kapitel 2 Die Erkennung von Unternehmenskrisen		48
A.	Die Krisendiagnose	49
B.	Typologie der Unternehmenskrisen	55
I.	Begriff und Übersicht	55
II.	Krisenherde	57
1.	Begriff	57
2.	Beispiele für Krisen	57
III.	Krisenarten	61
1.	Begriff	61
2.	Beispiele für Krisenarten	62
3.	Zeitliche Verknüpfung der Krisen	62
4.	Häufigkeitsverteilung bei Krisen	63
5.	Feststellung des Krisenstadiums	63
IV.	Krisenstadien	64
1.	Begriff	64
2.	Beispiele für Krisenstadien	64
V.	Kybernetische Verknüpfung der Krisenarten	65
VI.	Feststellung der Krise	67
1.	Stakeholderkrise	67
2.	Strategiekrise	67
3.	Erfolgskrise	68
4.	Liquiditätskrise	68
5.	Insolvenzreife	68
C.	Erkenntnisquellen für Unternehmenskrisen	69
I.	Betriebliches Rechnungswesen	69
II.	Andere Erkenntnisquellen zur Ermittlung von Unternehmenskrisen	71
1.	Krisenidentifizierung durch Mitarbeiter	71
2.	Krisenidentifizierung durch Betriebsratsgespräche	72
3.	Krisenidentifizierung durch Betriebsbegehungen	72
4.	Krisenidentifizierung durch Kundengespräche	72
5.	Krisenidentifizierung durch Branchengespräche	73
6.	Krisenidentifizierung durch Gespräche mit Kreditinstituten	73
7.	Krisenidentifizierung durch Lieferantengespräche	73
8.	Krisenidentifizierung durch Prüfberichte	73
9.	Krisenidentifizierung durch Covenants	74
D.	Krisensymptome	85
I.	Allgemeines	85
II.	Das betriebliche Rechnungswesen erfüllt seine Aufgaben	85
1.	Zahlungsunfähigkeit	86
2.	Überschuldung	89

III.	Das betriebliche Rechnungswesen erfüllt seine Aufgaben nicht	93
Kapitel 3	Die Ermittlung der Krisenmerkmale (Analyse)	94
A.	Grundsätzliches	95
I.	Einführung und Übersicht	95
II.	Begründung	97
III.	Zeitliche Aspekte der Krisenanalyse.	97
IV.	Rechtliche Aspekte der Krisenanalyse	98
V.	Die Lagebeurteilung	98
B.	Analyseziele	102
I.	Ziele der Analyse.	102
II.	Quantitative Darstellung der Unternehmenskrise	103
1.	Darstellungszeiträume und -formen	103
2.	Darstellungsinhalte der Analyse	104
3.	Betriebsvergleiche.	108
III.	Qualitative Darstellung der Unternehmenskrise	113
1.	Darstellungszeiträume und -formen	113
2.	Darstellungsinhalte.	113
C.	Krisenursachen	118
I.	Einleitung.	118
1.	Analyse des Umfeldes	118
2.	Analyse der Branchenentwicklung	118
3.	Analyse der internen Unternehmensverhältnisse.	119
4.	Krisenanalyse	119
II.	Häufige Krisenursachen	120
1.	Endogene Krisen	120
2.	Exogene Krisen	129
III.	Ursachengruppen und Krisentypen.	131
1.	Misserfolgsursachen und Misserfolgssegmente	132
2.	Gesamtbild aller untersuchten Krisenunternehmen	132
3.	Typ 1: Das Unternehmen auf brechenden Stützpfählern	133
4.	Typ 2: Das technologisch gefährdete Unternehmen	134
5.	Typ 3: Das unvorbereitete expandierende Unternehmen	134
6.	Typ 4: Der konservative, starrsinnige und uninformierte Patriarch.	135
IV.	Exkurs: Die Rolle der Banken	135
D.	Ausgewählte Analyseverfahren	136
I.	Quantitative Verfahren	136
1.	Gesamtwirtschaftliche Daten	136
2.	Branchen- und Marktdaten	137
3.	Absatzwirtschaftliche Unternehmensdaten	137
4.	Produktspezifische Daten	138
5.	Leistungs- und Kostendaten und -kennziffern	147
6.	Finanzwirtschaftliche Kennzahlen	148
7.	Ergebnisdaten und -kennziffern	157
8.	Vermögens- und Kapitalstruktur	167
9.	Unternehmenswert.	168
10.	Potenzialanalysen, insb. PIMS	170
II.	Qualitative Verfahren	180
1.	Gesamtwirtschaft, Weltwirtschaft.	180

2.	Märkte	180
3.	Wettbewerber	180
4.	Stärken und Schwächen	183
5.	Klassische Portfolio-Matrizes	183
6.	Technologie-Portfolio	187
7.	Andere qualitative Darstellungsinhalte zur Krisenanalyse	193
8.	Fünf Grundregeln der qualitativen Analyse	193
III.	Exkurs: Externe Berater	194
1.	Einsatzarten	194
2.	Chancen und Risiken des Einsatzes externer Berater	195
3.	Beratungsschwerpunkte bekannter Consultingfirmen	196
 Kapitel 4 Die Suche nach Handlungszielen (Zielsetzungsentscheidung)		197
A.	Die Suche nach Zielmodalitäten zur Beseitigung der Krise	197
I.	Grundfragen der Zielfindung	197
II.	Sanierungsfähigkeit	198
III.	Sanierungswürdigkeit	198
IV.	Das Leitbild des sanierten Unternehmens	199
V.	Die Handlungsziele	199
1.	Allgemeine Handlungsziele	199
2.	Typologie der Handlungsziele in der Krise	199
B.	Die Normstrategien	201
I.	Übersicht	201
II.	Strategien zur Erhaltung der bisherigen Unternehmensform	201
1.	Autonome Sanierung	201
2.	Heteronome Sanierung	202
III.	Strategien mit dem Ziel der Aufgabe der bisherigen Unternehmensform	202
1.	Erhaltung des Betriebes	202
2.	Auflösung des Betriebes	203
IV.	Prognose und Entscheidung	203
1.	Problemstellung und Entscheidungsweg	203
C.	Die Sanierungsstrategien	204
I.	Allgemeine Strategieelemente	204
II.	Die Planung der Sanierungsstrategie	205
III.	Die Sanierungsstrategie	206
1.	Basisstrategien	206
2.	Planungsobjekte	206
3.	Kritischer Faktor – Liquidität	206
4.	Offensivstrategien	207
5.	Probleme und Gefahren der Sanierungsstrategien	214
6.	Executive Summary	215
 Kapitel 5 Die Planung der Sanierungsmaßnahmen		216
A.	Ausrichtung am Leitbild des sanierten Unternehmens	219
I.	Bedeutung des Leitbildes des sanierten Unternehmens	219
II.	Beschreibung der Unternehmensstrukturen	219

III.	Beschreibung von Wettbewerbsvorteilen und Wettbewerbsstrategien	220
IV.	Stadiengerechte Bewältigung der Unternehmenskrise	220
V.	Überwindung der Insolvenz	221
VI.	Vermeidung der Insolvenz.	221
VII.	Überwindung der Liquiditätskrise.	221
VIII.	Überwindung der Erfolgskrise.	222
IX.	Überwindung der Produkt- und Absatzkrise	222
X.	Überwindung der Strategiekrise	223
XI.	Überwindung der Stakeholderkrise	224
B.	Matrix der Sanierungsmaßnahmen	224
I.	Die Dimensionen von Sanierungsmaßnahmen	224
1.	Überblick.	224
2.	Maßnahmen-Matrix.	225
II.	Sanierungsstrategien versus Einzelmaßnahmen	227
C.	Maßnahmen-Katalog unter Erhaltung der bisherigen Unternehmensform.	227
I.	Autonome Sanierungsmaßnahmen ohne Mitwirkung Dritter	227
1.	Liquiditätsverbessernde Maßnahmen	227
2.	Aufwandssenkende Maßnahmen	236
3.	Erlöserhöhende Maßnahmen	248
4.	»Strategische« Maßnahmen	250
II.	Heteronome Sanierungsmaßnahmen	271
1.	Kapitalbeteiligungsgesellschaften	271
2.	Beteiligung neuer Gesellschafter.	271
3.	Partnersuche.	273
4.	Außergerichtliche, vergleichsähnliche Vereinbarungen	274
D.	Maßnahmen zur Verwirklichung des Handlungszieles 2: Sanierung unter Aufgabe der bisherigen Unternehmensform	279
I.	Fortführungsgesellschaften	279
1.	Begriffe.	279
2.	Sanierungsgesellschaften.	280
3.	Betriebsübernahmengesellschaften	281
4.	Auffanggesellschaften	282
II.	Die Entscheidungssituation des Insolvenzgerichts, Insolvenzverwalters und Gläubigerausschusses.	282
III.	Verwalter-Sanierung im Insolvenzverfahren.	283
E.	Institutionelle und personelle Aspekte des Sanierungsmanagements.	283
I.	Mögliche Träger des Sanierungsmanagements	283
1.	Sanierungsmanagement durch die Unternehmensleitung	283
2.	Sanierungsmanagement durch Aufsichtsgremien	284
3.	Sanierungsmanagement durch externe Berater	284
4.	Sanierungs-/Krisenmanagement durch Insolvenzverwalter	284
5.	Kombination von Trägern des Sanierungsmanagements	284
II.	Organisationsformen für das Zusammenwirken der Träger des Sanierungsmanagements	285
1.	Die Arbeitsgruppen des Sanierungsmanagements.	285
2.	Die vier typischen Grundformen des Zusammenwirkens der Träger des Krisenmanagements	286
3.	Das Profil des Sanierungsmanagers.	289
F.	Erstellungsbegleitende Beurteilung der Sanierungsaussichten nach IDW.	294
I.	Grundlagen der Beurteilung	294
II.	Erstellungsbegleitende Urteilsbildung anhand des integrierten Sanierungsplans	294
1.	Darstellung der Problem- und Verlustbereiche	295
2.	Darstellung der Maßnahmeneffekte	295
3.	Aufbau des integrierten Sanierungsplans (Ergebnis-, Finanz- und Vermögensplan).	295

4. Kennzahlen	296
5. Erstellungsbegleitende Urteilsbildung anhand des Leitbilds	297
III. Urteilkriterien	297
1. Qualität des Sanierungskonzepts	298
2. Auffang-/Real-Optionen	298
3. Chancen der Konzeptrealisierung	299
IV. Urteilskundgabe in einer zusammenfassenden Schlussbemerkung	299
V. Muster einer zusammenfassenden Schlussbemerkung für ein umfassendes Sanierungskonzept	299
VI. Muster für ein Konzept über die Fortführungsfähigkeit i. S. einer positiven Fortführungsprognose als Vorstufe für ein umfassendes Sanierungskonzept nach IDW S 6	300
G. Die Beurteilung der »handelsrechtlichen Fortführungsprognose« durch den Abschlussprüfer ...	301
I. Einleitung	301
II. Rechtliche Vorgaben zur Fortführungsprognose	301
1. Relevanz der Unternehmensfortführung nach Gesellschaftsrecht	301
2. Die insolvenzrechtliche Fortbestehensprognose	302
3. Die handelsrechtliche Fortführungsprognose	305
III. Ausformung der Fortführungsprognose	306
1. Grundanforderungen an eine Fortführungsprognose	306
2. Schlüsselkriterien der Fortführungsprognose	306
3. Prognosezeitraum	306
4. Prognosesicherheit	307
IV. Substantiierung der Fortführungsprognose	308
1. Externe Rahmenbedingungen	308
2. Sanierungskonzept	309
3. Fortführungswille und Managementkompetenz	311
4. Vertrauen zum Unternehmen und zu den handelnden Personen	312
V. Die Fortführungsprognose in den Pflichtenrahmen der Unternehmensorgane und der Abschlussprüfung	312
1. Die Erstellung der Fortführungsprognose als Geschäftsführer-/Vorstandsaufgabe ...	312
2. Die Fortführungsprognose im Aufgabenbereich des Aufsichtsrats	312
3. Die Fortführungsprognose im Rechtsrahmen der Gesellschafterversammlung	313
VI. Die Fortführungsprognose in den Auftragsfeldern des Abschlussprüfers	313
 Kapitel 6 Die Sanierung von Industriebrachen – Integrierte Standortentwicklung	 315
A. Anwendungsmöglichkeiten der Integrierten Standortentwicklung	315
I. Einleitung	315
II. Die Sanierung von THA/BvS-Unternehmen	318
B. Die integrierte Standortentwicklung als Sanierungskonzept	320
I. Restrukturierung von Industriestandorten	320
II. Die Aufgabenstellung – Sanierung eines Unternehmens der Elektrotechnik/Elektronik ..	321
III. Das Abwicklungskonzept	323
IV. Beseitigung von Altlasten	327
V. Erschließung	328
VI. Sanierung und Vermarktung	329
C. Die Umgestaltung des Altstandortes in einen Industriepark	331
I. Äußere Vorgaben	331
II. Abrissmaßnahmen	334
1. Allgemeine Vorbereitungen	334

2.	Trinkwasserschutzzonen	337
3.	Anforderungen an Trinkwasserschutzzonen	337
4.	Aufhebung einer Trinkwasserschutzzone	339
5.	Abriss altlastenkontaminierter Gebäude	341
6.	Freistellungsantrag als Besonderheit der neuen Bundesländer	346
III.	Objektbezogene Abrissplanung	346
1.	Abbruchvorbereitungen	347
2.	Abbruchmaßnahmen	348
3.	Entsorgungsmaßnahmen	348
IV.	Die Erstellung eines neuen Bebauungsplanes	354
V.	Die gemeindliche Erschließungslast	354
VI.	Öffentliche Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	354
VII.	Der Erschließungsvertrag	355
VIII.	Planung der Erschließungsmaßnahmen	357
IX.	Durchführung einer Erschließungsmaßnahme	360
X.	Abnahme der Gewerke	362
XI.	Übergabe der Anlagen an Versorgungsträger	363
XII.	Genehmigungsverfahren	363
XIII.	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	364
D.	Die Anwendung der integrierten Standortentwicklung auf ein Elektroenergieversorgungsunternehmen	364
I.	Ausgangssituation	364
II.	Heizwerk	365
III.	Heizkraftwerk	366
IV.	Der Bereich Brauchwasser	366
V.	Die Anschlussbahn	366
VI.	Elektrohandwerk	366
VII.	Der Bereich Immobilienverwaltung	367
VIII.	Stillgelegte Kokerei	367
IX.	Weitere bauliche Anlagen	367
X.	Altlastenkontamination	367
XI.	Bergbaurechtliche Besonderheiten	368
XII.	Der Abschlussbetriebsplan	368
XIII.	Die Verwertung	369

Kapitel 7 Die Anfechtung außerhalb der Insolvenz nach dem AnfG 370

A.	Die anfechtbare Rechtshandlung	371
B.	Die Benachteiligung des Gläubigers	372
C.	Kausalität	372
D.	Die Geltendmachung der Anfechtung	372
E.	Konkurrenzen	372
F.	Kenntnis des Gläubigers	373
G.	Die Anfechtungsberechtigung	373
H.	Die Forderungsfälligkeit	373
I.	Der vollstreckbare Schuldtitel	373
J.	Die Uneinbringlichkeit der Geldforderung	373
K.	Einwendungen des Anfechtungsgegners	374
L.	Vorsätzliche Benachteiligung	374
I.	Allgemeines	374

II.	§ 3 Abs. 1 AnfG.	375
1.	Rechtshandlungen des Schuldners	375
2.	Objektive Benachteiligung des Gläubigers	375
3.	Benachteiligungsvorsatz	375
4.	Kenntnis des anderen Teils vom Benachteiligungsvorsatz	375
5.	Anfechtungsfrist	376
6.	Beweislast	376
III.	§ 3 Abs. 2 AnfG.	376
1.	Allgemeines	376
2.	Nahestehende Personen	376
3.	Entgeltliche Verträge	376
4.	Unmittelbare Benachteiligung	377
5.	Die Anfechtungsfrist	377
6.	Beweis- und Darlegungslast	377
M.	Unentgeltliche Leistung.	377
I.	Allgemeines.	377
II.	§ 4 Abs. 1 AnfG.	377
III.	§ 4 Abs. 2 AnfG.	378
N.	Rechtshandlungen des Erben (§ 5 AnfG)	378
O.	Berechnung der Fristen (§ 7 AnfG)	378
I.	§ 7 Abs. 1 AnfG.	378
II.	§ 7 Abs. 2 AnfG.	378
1.	Allgemeines	378
2.	Die Anfechtungsankündigung	379
P.	Formales zur Anfechtung.	379
 Kapitel 8 Die Haftung wegen existenzvernichtenden Eingriffs.		381
A.	Die Konzernhaftung	382
B.	Der existenzvernichtende Eingriff	384
C.	Die Existenzvernichtungshaftung.	384
 Kapitel 9 Die Wirtschaftsförderung des Bundes und der Länder		388
A.	Einleitung	390
I.	Überblick über die Förderbanken des Bundes und der Länder	390
1.	Investitionsbank Schleswig-Holstein.	390
2.	Bremer Aufbau-Bank GmbH	391
3.	Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt	391
4.	Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank)	391
5.	NRW.Bank.	391
6.	Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB GmbH)	391
7.	Saarländische Investitionskreditbank AG	392
8.	Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –	393
9.	LfA Förderbank Bayern	393
10.	Nord/LB Beteiligungsgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt GmbH	393
11.	Investitionsbank Berlin.	394

12. Investitionsbank des Landes Brandenburg	394
13. Thüringer Aufbaubank	394
14. Sächsische Aufbaubank – Förderbank	394
15. Landesbank Hessen-Thüringen	394
II. Modelle der Finanzierung	395
III. Arten der Förderung	396
IV. Zuschüsse	396
V. Zulagen	396
VI. Darlehen	396
VII. Bürgschaften	396
VIII. Übersicht über Landes- und Bundesförderung	396
B. Bürgschaftsförderung der L-Bank, Baden-Württemberg	397
I. Was wird gefördert?	397
1. Investitionsfinanzierungen	397
2. Leasingfinanzierungen	397
3. Finanzierung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen (Akquisitionsfinanzierungen)	397
4. Betriebsmittelfinanzierungen	397
5. Avalfinanzierungen	397
6. Finanzierung von Konsolidierungen/Restrukturierungen	398
II. Wer wird gefördert?	398
III. Wie wird gefördert?	398
1. Art der Förderung	398
2. Umfang der Risikoübernahme	398
3. Laufzeit	398
C. Wirtschaftsförderung der LfA-Förderbank Bayern	398
I. Einleitung	398
II. Anschubfinanzierung	399
III. Wachstumsfinanzierung	399
IV. Innovationsförderung durch die LfA	399
V. Die Umweltschutzförderung	399
VI. Sanierungsfinanzierung	400
D. Landesbürgschaften der Investitionsbank Berlin	400
E. Bürgschaften der Investitionsbank des Landes Brandenburg	401
I. Rahmenbedingungen für die Bürgschaften	401
II. Vorteile für das Kreditinstitut	401
III. Vorteile für das Unternehmen	401
IV. Erforderliche Unterlagen	401
F. Bürgschaften der Bremer Aufbau-Bank	402
I. Rahmenbedingungen für die Bürgschaften	402
II. Antragsberechtigte	402
III. Verwendungszweck	402
IV. Art, Höhe und Laufzeit der Bürgschaften	402
V. Kosten der Bürgschaftsübernahme	402
VI. Antragsverfahren	402
G. Wirtschaftsförderung der Freien und Hansestadt Hamburg	403
I. Zuwendungszweck	403
II. Gegenstand der Förderung	403
III. Zuwendungsempfänger	403
IV. Art und Umfang, Höhe der Förderung	404
V. Zuschussvoraussetzungen	404
VI. Sonstige Zuwendungsbestimmungen	404
VII. Verfahren	404

H.	Wirtschaftsförderung des Landes Hessen	404
I.	Rahmenbedingungen	404
II.	Zweckbestimmungen	405
III.	Antragsberechtigung und allgemeine Antragsvoraussetzungen	405
IV.	Art und Umfang der Bürgschaften und Garantien	405
V.	Bürgschafts- und Garantiennehmer	405
VI.	Antragsverfahren	406
VII.	Antragsbearbeitung	406
VIII.	Gebühren	406
I.	Die Wirtschaftsförderung des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch die Übernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens (Bürgschaftsrichtlinie Wohnungswesen)	406
I.	Art der Vorhaben	406
1.	Förderungsfähige Maßnahmen	406
2.	Wohnfläche	407
3.	Nicht förderungsfähige Maßnahmen	407
4.	Nicht verbürgungsfähige Darlehen	407
5.	Eigenleistungen	407
II.	Art der Bürgschaft	407
III.	Bürgschaftsgrenze	407
J.	Wirtschaftsförderung der Niedersächsischen Bürgschaftsbank (Die Förderung beruht auf der Richtlinie für die Übernahme von Bürgschaften i. V. m. Niedersachsen-Kredit in der Fassung vom 01.11.2009)	408
I.	Allgemeines	408
II.	Antragsverfahren	408
III.	Voraussetzungen für die Übernahme von Bürgschaften	408
IV.	Pflichten des Kreditnehmers	409
V.	Kosten	409
VI.	Erfüllungsort und Gerichtsstand	410
K.	Die Übernahme von Bürgschaften durch die Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen	410
I.	Allgemeines	410
II.	Bürgschaftsvoraussetzungen	410
III.	Antragsteller	410
IV.	Kreditgeber	410
V.	Art und Umfang der Bürgschaft	411
VI.	Laufzeit der Bürgschaften	411
VII.	Sicherheiten	411
VIII.	Verfahren	411
IX.	Kosten	412
L.	Die Wirtschaftsförderung des Landes Rheinland-Pfalz durch Übernahme von Bürgschaften zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft, der freien Berufe und der Träger sozialer und kultureller Einrichtungen – Landesbürgschaftsprogramm –	412
I.	Rechtsgrundlage, Förderungszweck	412
II.	Gegenstand der Förderung	412
III.	Bürgschaftsvoraussetzungen	412
IV.	Antragsteller (Kreditnehmer)	413
V.	Kreditgeber	413
VI.	Beauftragte des Landes	413
VII.	Art und Höhe der Bürgschaft	413
VIII.	Antrags- und Bewilligungsverfahren	413
M.	Wirtschaftsförderung der Bürgschaftsbank Saarland (BBS)	413
I.	Antragsberechtigung	413
II.	Antragsteller	414
III.	Förderungsrahmen	414

IV.	Bürgschaftsvolumen	414
V.	Laufzeit der Bürgschaft	414
VI.	Sicherheiten	414
VII.	Antragstellung.	414
VIII.	Kosten	414
IX.	Beihilfen	415
N.	Wirtschaftsförderung der SAB Sächsische Aufbaubank	415
I.	Allgemeines.	415
II.	Ausfallbürgschaft.	415
III.	Zuständige Stelle.	415
IV.	Antragsberechtigung.	415
V.	Voraussetzungen	415
VI.	Kosten	416
O.	Bürgschaften des Landes Sachsen-Anhalt.	416
I.	Allgemeines.	416
II.	Zweckbestimmung	416
III.	Antragsberechtigung.	416
IV.	Voraussetzungen für die Übernahme der Bürgschaft	416
V.	Art, Höhe und Umfang der Bürgschaft	417
VI.	Verpflichtungen des Kreditgebers	417
VII.	Bürgschaftsverfahren.	418
P.	Wirtschaftsförderung durch die Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH Kiel.	418
I.	Allgemeines.	418
II.	Umfang.	418
III.	Laufzeit.	418
IV.	Einzelheiten	419
V.	Antragsverfahren.	419
VI.	Sicherheiten	419
VII.	Kosten	419
Q.	Wirtschaftsförderung der Thüringer Aufbaubank.	419
I.	Voraussetzungen und Inhalt einer Bürgschaft	419
II.	Verwendungszweck.	420
III.	Bürgschaftsvoraussetzungen	420
IV.	Antragsteller (Kreditnehmer)	420
V.	Kreditgeber.	420
VI.	Inhalt, Umfang und Laufzeit einer Bürgschaft.	420
VII.	Kreditsicherheiten.	421
VIII.	Antragstellung.	421
IX.	Bürgschaftsbegutachtung	421
X.	Kosten	421
R.	Investitionszulagengesetz vom 07.12.2008 (Auszug)	421
S.	Die Kreditprogramme der KfW-Bankengruppe.	423
I.	Einleitung	423
II.	Aufgaben	423
III.	Mikro-Darlehen – Investitionskredite für Existenzgründer, kleine Unternehmen und freiberuflich Tätige.	424
1.	Förderinhalt	424
2.	Förderungsberechtigte	424
3.	Förderumfang	424
4.	Kreditbetrag.	424
5.	Kreditlaufzeit	425
6.	Sicherheiten	425
IV.	Startgeld	425

1. Förderinhalt	425
2. Förderungsberechtigte	425
3. Förderumfang	425
4. Kreditbetrag	425
5. Kreditlaufzeiten	425
6. Sicherheiten	426
V. Unternehmerekapital – ERP-Kapital für Gründung (null bis 2 Jahre)	426
1. Förderinhalt	426
2. Förderungsberechtigte	426
3. Förderumfang	427
4. Kreditbetrag	427
5. Sicherheiten	427
VI. Unternehmerekapital – ERP-Kapital für Wachstum (zwei bis 5 Jahre)	427
1. Förderinhalt	427
2. Förderungsberechtigte	428
3. Förderumfang	428
4. Kreditbetrag	428
5. Sicherheiten	428
VII. Unternehmerekapital Kapital für Arbeit und Investitionen (über 5 Jahre) Nachrangkapital zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.	429
1. Förderinhalt	429
2. Förderungsberechtigte	429
3. Förderumfang	429
4. Kreditbetrag	430
5. Sicherheiten	430
VIII. Unternehmerekredit – Investitionskredite für Existenzgründer, mittelständische Unternehmen und freiberuflich Tätige	430
1. Förderinhalt	430
2. Förderungsberechtigte	430
3. Förderumfang	430
4. Kreditbetrag	431
5. Sicherheiten	431
IX. Unternehmerekredit Ausland – Investitionskredite für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft im Ausland.	431
1. Förderinhalt	431
2. Förderungsberechtigte	431
3. Förderumfang	432
4. Kreditbetrag	432
5. Sicherheiten	432
X. ERP-Regionalförderprogramm – ERP-Kredite für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft in den GA-Fördergebieten	433
1. Förderinhalt	433
2. Förderungsberechtigte	433
3. Förderumfang	433
4. Kreditbetrag	434
5. Sicherheiten	434
XI. ERP-Innovationsprogramm – Nachrangkapital zur Förderung der Innovationsdynamik in der deutschen Wirtschaft	434
1. Förderinhalt	434
2. Förderungsberechtigte – Programmteil I.	434
3. Förderumfang – Programmteil I.	435
4. Förderungsberechtigung – Programmteil II	435
5. Förderumfang – Programmteil II	435

6. Kreditbetrag	436
7. Sicherheiten	436
XII. Unternehmen in Schwierigkeiten	436
1. Formale Definition.	436
2. Materielle Definition	436
3. Neue Unternehmen	437
4. Erwerb eines Unternehmens aus der Insolvenz heraus	437
 Kapitel 10 Die Handlungsregeln und die Informationspolitik in der Krise	438
A. Taktische Regeln für den Umgang mit Belegschaft, Betriebsrat und Führungsmannschaft	438
I. Informieren und Ziele setzen	438
1. Der Betriebsrat.	438
2. Die Belegschaft.	439
3. Die Führungskräfte	440
II. Entscheiden und Handeln	440
III. Motivieren und Führen.	442
B. Kunden	443
C. Banken und Lieferanten	443
D. Behörden, Presse und Öffentlichkeit	444
 Kapitel 11 Die Bankverbindung in der Krise, insb. der Sanierungskredit	445
A. Einleitung	445
I. Allgemeines.	445
II. Die Finanzierung des Unternehmens in der Krise	446
III. Die Innenfinanzierung von Unternehmen.	446
1. Aufdeckung stiller Reserven	446
2. Begrenzung der Lieferantenkredite	446
3. Lagerbereinigung	446
IV. Alternative Finanzierungsformen	447
1. Factoring	447
2. Leasing.	447
3. Sale and lease back-Verträge	447
4. Die Unternehmensanleihe	448
V. Die Schaffung von Eigenkapital	448
1. Die Beteiligungsfiananzierung	448
2. Der Einsatz von »Mezzanine-Kapital«.	448
B. Die Bankverbindung in der Krise	451
I. Einleitung.	451
II. Der Sanierungskredit in der Krise	451
1. Begriff Sanierung	451
2. Der Sanierungskredit	451
C. Die Kündigung von Bankkrediten in der Krise	455
I. Einleitung.	455
II. Die Zulässigkeit der Kündigung von Bankkrediten	456
D. Stillhalten der Bank	457
E. Eingriffe der Bank in die Geschäftsführung des Schuldners	457

F. Aufklärungspflichten der Bank	458
G. Schadensersatzpflichten der Bank	458
H. Kredite zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes	458
I. Kredite in Insolvenzantragsverfahren	458
II. Kredite in Insolvenzverfahren	460
III. Kredite in Insolvenzplanverfahren	460
IV. Die Kreditwürdigkeitsprüfung	461
I. Sicherheiten für Bankkredite	462
I. Anfechtbarkeit der Sicherheitenbestellung	462
II. Sicherheitenbestellung	463
1. Grundschulden	463
2. Zessionen	464
III. Verwertung von Sicherheiten	464
1. Allgemeines	464
2. Sicherungseigentum	465
3. Sicherungsabtretung	465
4. Umsatzsteuer	466
 Kapitel 12 Kreditsanierung	 467
A. Der Weg in die Krise, der Weg aus der Krise	468
I. Der Blickwinkel der kreditgebenden Banken	468
II. Fremd- und Eigenkapital in der Krise	469
III. Entstehung der Krise	471
IV. Symptome der Liquiditätskrise	472
V. Exkurs: Das Zusammenspiel von finanzwirtschaftlicher und leistungswirtschaftlicher Sanierung	473
VI. Akute Sofortmaßnahmen zur ersten finanziellen Stabilisierung	474
1. Vorabinformation der Stakeholder	474
2. Erstellen eines aktuellen Liquiditätsstatus	475
VII. Kurzfristige Liquiditätsschöpfung	476
VIII. Analyse der Ausgangssituation und Erkennen von Problempunkten (Fact Finding)	478
IX. Kurz- und mittelfristige Zielformulierung	478
B. Vertrauen (zurück) gewinnen	478
I. Exkurs: Sanierung und Stakeholder-Interessen	479
II. Die Finanzierung aus Eigen- und Fremdsicht	480
III. Eingehen auf die Bedürfnisse der Fremdkapitalgeber	481
IV. Zwischenfinanzierung durch Aufnahme frischen Kapitals (Bridge-Finanzierung)	483
V. Aufbau eines Informationssystems	484
VI. Entwicklung einer glaubwürdigen und tragbaren Zukunftsvision	485
VII. Bündelung und Management der Stakeholder-Interessen	486
VIII. Einheitliche Zieldefinition	487
C. Kurzfristige Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Situation	487
I. Cashflow-Optimierung	488
II. Durchfinanzierung	488
III. Exkurs: Treuhandlösungen	489
D. Finanzierungsinstrumente und ihre Anwendung	490
I. Kredite	490
II. Kapitalerhöhungen und Platzierungen	491
III. Rangrücktritt und Forderungsverzicht	493

1.	Durch Anteilseigner	493
2.	Durch Fremdkapitalgeber	493
IV.	Genussscheine (Junior- oder Equity Mezzanine)	493
V.	Anleihen (Bonds)	494
VI.	Hybridanleihen (Hybrid Mezzanine)	494
VII.	Wandlung von Schulden	494
1.	Umwandlung von Schulden in Genussrechte	494
2.	Umwandlung von Schulden in Eigenkapital (Debt-to-Equity-Swap)	495
VIII.	Mezzanine-Darlehen (Senior oder Debt Mezzanine)	495
E.	Debt-to-Equity-Swap: Umwandlung von Gläubiger-Forderungen in Eigenkapital.	496
I.	Allgemeines.	496
II.	Die steuerlichen Auswirkungen der Debt-to-Equity-Swap	498
1.	Kein Sanierungssteuerrecht/keine Änderung durch ESUG	498
2.	Veränderung des Eigenkapitals durch Einlagen.	499
3.	Teilwertproblematik bei Einlagen	499
4.	Verlustvorträge und Mindestbesteuerung	500
5.	Sanierungserlass	500
6.	Vernichtung von Verlustvorträgen (§ 8c Abs. 1 KStG).	501
7.	Zinsschranke und schädliche Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG)	501
8.	Forderungsverzicht i. R. d. Debt-Equity-Swap	501
Kapitel 13 Der Sicherheitenpool.		502
A.	Einleitung	502
B.	Der Bankenpool	503
C.	Der Lieferantenpool	504
D.	Sicherheitenabgrenzungsverträge	506
E.	Das Herausgabeverlangen der Poolmitglieder.	507
Kapitel 14 Der Unternehmenskauf		509
A.	Allgemeines	512
B.	Die Haftung des Verkäufers	514
C.	Die Betriebsfortführung als Vorstufe des Unternehmensverkaufs	515
I.	Allgemeines.	515
II.	Arbeitsrechtliche Probleme	516
III.	Einbeziehung wichtiger Gläubiger	517
IV.	Finanzierung der Betriebsfortführung.	517
V.	Einbeziehung des Schuldners	517
VI.	Betriebsfortführung im Eröffnungsverfahren.	518
VII.	Haftung des Insolvenzverwalters i. R. d. Betriebsfortführung.	518
VIII.	Die gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung	519
1.	Einleitung	519
2.	Vorbereitung von Unternehmenskaufverträgen.	519
3.	Letter of Intent.	520
4.	Die Einräumung der Kaufoption	520
5.	Der Vorvertrag	520
6.	Der Unternehmenskaufvertrag	520

7.	Zustimmungserfordernisse bei Unternehmensverkauf	521
8.	Die Umwandlungen nach dem UmwG	522
9.	Umwandlungsvorgänge in der Insolvenz	525
10.	Umwandlungsmaßnahmen in der Phase zwischen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Eröffnungsbeschluss	531
11.	Umwandlung nach Eröffnung und vor Beendigung des Insolvenzverfahrens	531
12.	Umwandlung bei Nichteröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	533
IX.	Due diligence bei dem Unternehmensverkauf	535
X.	Die übertragende Sanierung	542
XI.	Fortführungsgesellschaft	542
D.	Die Unternehmensbewertung	543
I.	Allgemeines	543
II.	Substanzwertverfahren	544
III.	Ertragswertberechnung	544
IV.	Mittelwertverfahren	545
V.	Discounted Cash Flow (DCF)	545
VI.	Bewertung chronisch ertragsschwacher Unternehmen	545
VII.	Bewertung temporär ertragsschwacher Unternehmen	546
1.	Analyse der wesentlichen Einflussfaktoren	546
2.	Zukünftige wirtschaftliche Entwicklung	547
3.	Prognose bei Sanierung	547
VIII.	Bewertung insolventer Unternehmen	547
E.	Management-Buyout	548
I.	Die unterschiedlichen Erscheinungsformen des MBO	548
II.	Bedeutung der Rechtsform beim MBO	548
III.	Die Motive für ein MBO	549
IV.	Bedeutung des MBO bei Unternehmen in den alten Bundesländern	550
V.	Bedeutung des MBO bei Unternehmen in den neuen Bundesländern	550
VI.	Die Größe des Unternehmens	551
VII.	Voraussetzungen des MBO-Managers/Unternehmers	551
VIII.	Strategische Vorgehensweise – Share deal contra Asset deal	552
IX.	Das Unternehmenskonzept	553
X.	Die Zukunftserfolgsrechnung	554
1.	Grundsatzfeststellungen	554
2.	Planung der Zukunftserfolge	554
3.	Die Finanzierung des MBO	557
4.	Steuerliche Aspekte	559
Kapitel 15 Die Finanzierung des Unternehmens		561
A.	Credit Management	561
I.	Aufgaben des Credit Managements	561
II.	Stille Beteiligung als Finanzierungsinstrument	561
III.	Kennzeichnung einer stillen Beteiligung	561
B.	EU-Fördermittel zur Finanzierung von Firmenzielen	562
I.	Fördermöglichkeiten als Instrumentarium der Firmenentwicklung	562
II.	Kommunikation des EU-Profiles	562
III.	Langfristiges Denken	562
C.	Privatplatzierungen	562
I.	Finanzierungslösungen zwischen Bankkredit und liquidem Kapitalmarkt	562

II.	Anleihefinanzierung	562
III.	Informationsbereitstellung als Schlüssel zur Finanzierung	563
IV.	Individueller Prozess statt standardisiertes Produkt	563
V.	Der Transaktionsprozess einer Privatplatzierung	563
D.	Unternehmensanleihen	564
I.	Allgemeines.	564
II.	Börsennotierung	564
E.	Private Equity als Finanzierungsinstrument	565
F.	Eigenkapital.	566
G.	Private Investoren	566
I.	Rückkehr der Privatinvestoren und Family Offices	566
II.	Merkmale und Ausgestaltungsformen	567
H.	Börsengang	567
I.	Allgemeines.	567
II.	»Familienunternehmen – Quelle für Börsengänge«	567
Kapitel 16 Das »Outsourcing«		569
A.	Das Outsourcing	569
I.	Begriff und Formen des Outsourcing	569
II.	Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des Outsourcing	571
III.	Der Zweck des Outsourcing	573
B.	Die Vertragsgestaltung	573
C.	Die Auslagerung von notleidenden Krediten	575
I.	Non-Performing Loans	575
II.	Die Auslagerungsbefugnis	575
III.	Der Outsourcing-Partner	575
IV.	Der Ablauf des Forderungsverkaufs	576
Kapitel 17 Der Betriebsübergang (§ 613a BGB).		579
A.	Einleitung	583
B.	Betrieb und Unternehmen	584
C.	Einzelrechtsnachfolge	584
I.	Anwendungsbereich der gesetzlichen Regelung	584
II.	Übergang eines Betriebes	585
III.	Tatsächliche Betriebsfortführung	587
IV.	Erscheinungsformen des Begriffsübergangs	589
V.	Fehlender rechtsgeschäftlicher Übergang	591
VI.	Abgrenzung zwischen Betriebsstilllegung und Betriebsübergang	592
VII.	Übergang der Arbeitsverhältnisse	593
VIII.	Unterrichtung und Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	594
1.	Die Unterrichtung des Arbeitnehmers	594
2.	Das Widerspruchsrecht	597
IX.	Kündigungen im Zusammenhang mit dem Betriebsübergang	599
X.	Rechtsstellung des Betriebserwerbers	602
XI.	Rechtsstellung des Arbeitnehmers	603
XII.	Rechtsstellung des Betriebsveräußerers	606

Inhaltsverzeichnis

D. Gesamtrechtsnachfolge	606
I. Arten der Gesamtrechtsnachfolge bei juristischen Personen	607
II. Übergang der Arbeitsverhältnisse bei Verschmelzung und Spaltung	609
III. Fortgeltung von Kollektivregelungen bei Verschmelzung und Spaltung	610
IV. Widerspruchsrecht bei Verschmelzung und Spaltung	612
V. Zuordnung der Arbeitsverhältnisse bei Spaltung	613
VI. Kündigungsverbot bei Verschmelzung und Spaltung	614
E. Einschränkung des § 613a BGB in der Insolvenz	615

Kapitel 18 Das eigenkapitalersetzende Darlehen 618

A. Vorbemerkung	618
B. Der Eigenkapitalersatz nach dem MoMiG	619
I. Allgemeines	619
II. Der Nachrang von Gesellschafterforderungen	620
III. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen ggü. Gesellschaftern in der Insolvenz der Gesellschaft	620
C. Allgemeines zu § 135 InsO a. F.	621
D. Entwicklung des Rechts der kapitalersetzenden Darlehen nach altem Recht	622
E. Qualifikationsmerkmale des eigenkapitalersetzenden Darlehens nach altem Recht	624
I. Allgemeines	624
II. Indizien, die für ein eigenkapitalersetzendes Darlehen sprachen	626
III. Indizien, die gegen ein eigenkapitalersetzendes Darlehen sprachen	627
IV. Zweck des Gesellschafterdarlehens	627
V. Stehenlassen von Darlehen	628
F. Sonderformen des eigenkapitalersetzenden Darlehens nach altem Recht	629
I. Stille Beteiligung	629
II. Bürgschaft	631
III. Stundung von Forderungen	631
IV. Eigenkapitalersetzende Nutzungsüberlassung	632
G. Begriff des Darlehensgebers	633
I. Allgemeines	633
II. Aktionäre als Darlehensgeber	634
III. Kommanditisten der GmbH & Co. KG	634
IV. Darlehen von Nichtgesellschaftern	635
H. Gesellschafterbesicherte Darlehen Dritter (§ 32a Abs. 2 GmbHG a. F.)	636
I. Das Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO n. F.)	637
I. Einleitung	637
II. Norminhalt des § 135 InsO n. F.	639
1. Anwendungsbereich	639
2. Rechtshandlung (Abs. 1 und Abs. 2)	642
3. Gesellschafterbesicherte Darlehen (Abs. 2)	643
4. Nutzungsüberlassung (Abs. 3)	644

Kapitel 19 Die InsO 645

A. Einleitung	646
B. Die Ziele des Insolvenzverfahrens	647

C.	Die wesentlichen Verfahrensprinzipien der InsO	650
I.	Erleichterung der Verfahrenseröffnung	650
II.	Die Einheitlichkeit des Insolvenzverfahrens	650
III.	Deregulierung des Verfahrens	650
IV.	Die Abschaffung der Gläubigervorrechte	650
V.	Die Anreicherung der Insolvenzmasse	651
VI.	Die Einbeziehung des Neuerwerbs	651
VII.	Einführung des Restschuldbefreiungsverfahrens (§§ 286 ff. InsO)	651
VIII.	Eigenverwaltung unter Aufsicht eines Sachwalters	652
IX.	Die Verschärfung des Anfechtungsrechts	653
X.	Die Verschärfung der Gläubigerautonomie	653
XI.	Die Einbeziehung der gesicherten Gläubiger in das Insolvenzverfahren	654
XII.	Die Abführung von Verfahrenskostenbeiträgen	655
XIII.	Der Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO)	655
D.	Der Ablauf des Insolvenzverfahrens	655
I.	Das Regelinsolvenzverfahren	655
II.	Das Verbraucherinsolvenzverfahren	657
E.	Das Insolvenzgericht	658
I.	Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	658
II.	Das Verfahren vor dem Insolvenzgericht	659
III.	Die Aufgaben des Insolvenzgerichts	659
1.	Das Insolvenzantragsverfahren	659
2.	Sicherungsmaßnahmen des Insolvenzgerichts	662
F.	Der Insolvenzantrag	666
I.	Einleitung	666
II.	Antragsberechtigung	667
1.	Natürliche Personen	667
2.	Nachlass	667
3.	Gesamtgut	667
4.	Personengesellschaften	668
5.	Juristische Personen	668
III.	Der Insolvenzantrag des Gläubigers	669
G.	Die Insolvenzgründe	671
I.	Der Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)	671
1.	Materielle Eröffnungsvoraussetzungen	672
2.	Zahlungsunfähigkeit und Zahlungseinstellung	680
3.	Zahlungsstockung	683
4.	Vorliegen der Eröffnungsvoraussetzungen im Insolvenzantragsverfahren	683
II.	Der Insolvenzgrund der Überschuldung (§ 19 InsO)	684
1.	Einleitung	688
2.	Anwendungsbereich	688
3.	Der Begriff der Überschuldung	690
4.	Die Feststellung der Überschuldung	696
III.	Der Insolvenzgrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO)	703
1.	Einleitung	703
2.	Die drohende Zahlungsunfähigkeit	704
3.	Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	705
4.	Drohende Zahlungsunfähigkeit als Eröffnungsgrund bei Vermögensmassen	707
5.	Antragstellung (§ 18 Abs. 3 InsO)	707
H.	Die Verfahrensabweisung mangels Masse (§ 26 InsO)	708
I.	Verfahrenskosten	708
II.	Die Verfahrenseröffnungsprognose	708
III.	Die Rechtsfolgen der Abweisung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	709

I.	Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 27 InsO)	709
I.	Einleitung	709
II.	Aufforderungen an die Gläubiger und den Schuldner	710
III.	Terminbestimmung (§ 29 InsO)	710
IV.	Öffentliche Bekanntmachung des Eröffnungsbeschlusses (§ 30 InsO)	710
V.	Mitteilungspflichten (§ 31 InsO)	711
VI.	Grundbucheintragung (§ 32 InsO)	711
VII.	Die Fortsetzung von Gesellschaften nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	712
1.	Einleitung	712
2.	GbR	713
3.	OHG, KG und Partenreederei	713
4.	AG	713
5.	GmbH	713
J.	Wirkungen der Verfahrenseröffnung	714
I.	Übergang der Verwaltungs- und Verfügungsmacht	714
II.	Die Bestandsaufnahme durch den Insolvenzverwalter	714
1.	Aufgaben und Ziele der Bestandsaufnahme	714
2.	Das Verzeichnis der Massegegenstände	715
3.	Erfassung und Aufzeichnung der Massegegenstände durch eine Inventur	715
4.	Abgrenzung der Insolvenzmasse	715
5.	Zeitpunkt der Inventur	716
6.	Inventurverfahren	716
7.	Durchführung der Inventur	716
8.	Bewertung der Vermögensgegenstände im Masseverzeichnis	717
9.	Ermittlung der Zerschlagungswerte	717
10.	Ermittlung der Fortführungswerte	717
11.	Einzelfragen der Wertermittlung	717
12.	Gläubigerverzeichnis	718
13.	Informationsquellen	718
14.	Gläubigerspezifische Unterteilung	719
15.	Einzelne Rangklassen der nachrangigen Gläubiger	719
16.	Absonderungsberechtigte Gläubiger	719
17.	Angaben über Masseverbindlichkeiten	719
III.	Die Rechtsstellung des Schuldners	719
IV.	Die Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	721
K.	Verfügungen des Schuldners nach Verfahrenseröffnung (§ 81 InsO)	723
I.	Die Schuldnerverfügung	724
II.	Insolvenzfrees Vermögen	724
L.	Leistungen an den Schuldner (§ 82 InsO)	724
M.	Schwebende Rechtsstreite (§ 85 InsO)	724
I.	Masse-Rechtsstreite	725
II.	Passiv-Rechtsstreite	725
N.	Die Vollstreckungssperre (§ 89 InsO)	725
I.	Verbot von Einzelzwangsvollstreckungen	726
II.	Ausnahme vom Vollstreckungsverbot	726
III.	Die Zwangsvollstreckung vorbereitende Maßnahmen	726
IV.	Erinnerung gegen Art und Weise der Zwangsvollstreckung	727
O.	Der Berichtstermin (§§ 156 ff. InsO)	727
I.	Einleitung	727
II.	Berichtspflicht des Insolvenzverwalters	727
III.	Die Entscheidung der Gläubiger	727

Kapitel 20 Die Anmeldung und Feststellung von Forderungen in Insolvenzverfahren	728
A. Anmeldung von Forderungen (§ 174 InsO)	729
I. Wesentlicher Inhalt der Anmeldung	729
1. Bestimmtheit des geltend gemachten Anspruchs	729
2. Anmeldung von Steuer- und Sozialversicherungsforderungen	731
II. Wesentliche Form der Anmeldung	732
III. Wirkung der Forderungsanmeldung	732
IV. Mangelhafte Forderungsanmeldung	733
V. Rücknahme der Anmeldung	733
VI. Anmeldung nachrangiger Insolvenzforderungen	733
VII. Modifikationen der §§ 174 ff. InsO	734
B. Die Insolvenztabelle	734
I. Allgemeines	734
II. Führung der Insolvenztabelle	735
1. Insolvenzverwalter	735
2. Sachwalter	735
3. Treuhänder	735
III. Niederlegung zur Einsichtnahme	736
C. Der Ablauf des Prüfungstermins (§ 176 InsO)	736
I. Allgemeines	736
II. Prüfung der angemeldeten Forderungen	736
III. Vereinfachtes Insolvenzverfahren	737
IV. Eigenverwaltung	738
D. Nachträgliche Forderungsanmeldung (§ 177 InsO)	738
I. Allgemeines	738
II. Nachträgliche Anmeldungen	738
1. Allgemeines	738
2. Kosten des besonderen Prüfungstermins	739
3. Prüfung im schriftlichen Verfahren	739
III. Prüfungstermin für nachrangige Forderungen	739
IV. Bekanntmachung des neuen Prüfungstermins	739
E. Voraussetzungen und Wirkungen der Forderungsfeststellung (§ 178 InsO)	740
I. Feststellung von Insolvenzforderungen	740
II. Beurkundung des Prüfungsergebnisses	741
III. Wirkung des Tabellenvermerks	741
1. Insolvenzforderungen	741
2. Sonstige Ansprüche	742
3. Steuerforderungen	742
IV. Rechtsbehelfe bei fehlerhaftem Tabelleneintrag	743
V. Berichtigung der Tabelleneintragung	743
VI. Besonderheiten bei der Eigenverwaltung unter der Aufsicht eines Sachwalters	744
F. Streitige Forderungen (§ 179 InsO)	744
I. Allgemeines	744
1. Streitige Forderungen	744
2. Vorläufiges Bestreiten	745
II. Feststellung nicht titulierter Forderungen (§ 179 Abs. 1 InsO)	746
III. Feststellung titulierter Forderungen (§ 179 Abs. 2 InsO)	747
IV. Erteilung von Tabellenauszügen	747
V. Zuständigkeit für Feststellungsklagen	748
VI. Aufnahme anhängiger Rechtsstreite	748

Kapitel 21 Die Insolvenzgläubiger	749
A. Der Insolvenzgläubiger (§ 38 InsO)	749
I. Begriffs- und Zweckbestimmung	749
II. Insolvenzforderungen	750
III. Die Behandlung der Steuerforderung durch das Finanzamt	752
1. Allgemeines	752
2. Abgrenzung zu den Masseverbindlichkeiten	752
3. Wirkung der Verfahrenseröffnung auf steuerliche Verfahren	753
B. Die nachrangigen Gläubiger (§ 39 InsO)	755
I. Allgemeines	756
II. Die einzelnen Forderungen des § 39 Abs. 1 InsO	756
1. Zinsen und Provisionen	756
2. Kosten der Verfahrensteilnahme	757
3. Geldstrafen	757
4. Forderungen auf eine unentgeltliche Leistung des Schuldners	757
5. Kapitalersetzendes Darlehen	757
III. Rangrücktrittsvereinbarungen	758
IV. Die Rangfolge des § 39 InsO	759
 Kapitel 22 Die Aussonderungs- und Absonderungsberechtigten	 760
A. Regelungsinhalt des § 47 InsO	762
B. Allgemeines	762
I. Aussonderung	762
II. Absonderung	762
III. Voraussetzung der Aussonderung	762
IV. Aussonderungsberechtigte	763
C. Aussonderungsrechte im Einzelnen	763
I. Eigentum	763
II. Besitz	764
III. Erbschaftsanspruch	764
IV. Begrenzte dingliche Rechte	765
V. Eigentumsvorbehalt	765
1. Einfacher Eigentumsvorbehalt	765
2. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	765
3. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	766
4. Kollision zwischen Bankglobalzession und Vorausabtretung des Vorbehaltslieferanten	767
VI. Sicherungsübereignung	768
1. Rechte des Sicherungsnehmers in der Insolvenz des Sicherungsgebers	768
2. Rechte des Sicherungsgebers in der Insolvenz des Sicherungsnehmers	769
VII. Treuhand	769
1. Echtes oder uneigennütziges Treuhandverhältnis	769
2. Unechtes oder eigennütziges Treuhandverhältnis	770
3. Strohmänn	770
4. Anderkonten	770
5. Wertpapierdepot	770
VIII. Verträge für fremde Rechnung	771
IX. Schuldrechtliche Aussonderungsansprüche	771
X. Leasing-Verträge	771

D. Verfahrensrechtliches zur Aussonderung	772
I. Geltendmachung der Aussonderung	772
II. Prozessuale Folgen	772
E. Ersatzaussonderung	773
I. Zweck der Vorschrift des § 48 InsO	773
II. Aussonderungsgegenstände	773
1. Allgemeines	773
2. Ersatzaussonderung	774
III. Begriff der Veräußerung	774
1. Allgemeines	774
2. Verarbeitung und Einbau	774
3. Entgeltlichkeit der Veräußerung	774
4. Unwirksamkeit der Veräußerung	775
5. Fehlende Berechtigung zur Veräußerung	775
6. Auskunftsanspruch	775
IV. Ausstehen der Gegenleistung	776
V. Inhalt des Ersatzaussonderungsrechts	776
F. Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen (§ 49 InsO)	776
I. Abgesonderte Befriedigung aus unbeweglichen Gegenständen	777
II. Haftung des Schuldners	777
III. Verrechnung eingegangener Zahlungen	778
IV. Durchsetzung des Absonderungsrechts	778
V. Einstweilige Einstellung der Zwangsversteigerung (§§ 30c, 30f, 31 ZVG) und der Zwangsverwaltung (§ 153b und c ZVG)	778
VI. Einzelzwangsvollstreckung mit dinglichem Titel	779
G. Abgesonderte Befriedigung der Pfandgläubiger (§ 50 InsO)	779
I. Allgemeines	780
II. Geltendmachung des Absonderungsrechts	780
III. Pfandrechtsbestellung an beweglichen Sachen	780
IV. Pfandrechtsbestellung an Rechten	780
V. Gesetzliche Pfändungspfandrechte	781
1. Allgemeines	781
2. Vermieterpfandrecht	781
3. Pfändungspfandrechte	782
VI. Auskunftspflicht des Insolvenzverwalters	782
H. Sonstige Absonderungsberechtigte (§ 51 InsO)	782
I. Allgemeines	782
II. Sicherungsberechtigte	783
1. Sicherungsübereignung	783
2. Sicherungsabtretung	783
III. Zurückbehaltungsrecht wegen nützlicher Verwendungen	784
IV. Kaufmännisches Zurückbehaltungsrecht	784
V. Öffentlich beschlagnahmte Sachen	785
I. Ausfall der Absonderungsberechtigten (§ 52 InsO)	785
I. Inhalt und Zweck der Regelung	785
II. Zusammentreffen von persönlicher Haftung und Sachhaftung	785
III. Ausfallhaftung	786
IV. Verzicht auf das Absonderungsrecht und die Forderung	786

Kapitel 23 Die Massegläubiger	787
A. Massegläubiger (§ 53 InsO)	788
I. Einleitung	788
II. Masseansprüche	788
1. Begriff	788
2. Begründung der Masseverbindlichkeiten	788
III. Vorwegbefriedigung	788
1. Allgemeines	788
2. Geltendmachung ggü. dem Insolvenzverwalter	788
3. Haftung des Insolvenzverwalters	789
IV. Schuldner der Massegläubiger	789
B. Kosten des Insolvenzverfahrens (§ 54 InsO)	790
I. Allgemeines	790
II. Gerichtskosten für das Insolvenzverfahren (§ 54 Nr. 1 InsO)	790
1. Kosten des Insolvenzverfahrens	790
2. Kosten des Beschwerdeverfahrens	790
3. Keine Massekosten	790
4. Geltendmachung der Gerichtskosten	790
III. Kosten nach § 54 Nr. 2 InsO	791
1. Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters	791
2. Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters	791
3. Vergütung und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder	792
C. Sonstige Masseverbindlichkeiten (§ 55 InsO)	792
I. Allgemeines	793
II. Masseverbindlichkeiten aus Geschäften oder Handlungen des Insolvenzverwalters	793
III. Ansprüche aus zweiseitigen Verträgen	796
1. Allgemeine Verträge	796
2. Ansprüche aus fortbestehenden Dauerschuldverhältnissen	796
3. Ansprüche der Arbeitnehmer aus der Zeit nach Verfahrenseröffnung	798
IV. Rechtlose Bereicherung der Masse	799
V. Masseverbindlichkeiten aus der Zeit der vorläufigen Insolvenzverwaltung (§ 55 Abs. 2 InsO)	799
1. Masseverbindlichkeiten i. S. d. § 55 Abs. 2 Satz 1 InsO	800
2. Masseverbindlichkeiten aus der Inanspruchnahme von Leistungen aus einem Dauerschuldverhältnis	800
VI. Steuerrechtliche Ansprüche	800
1. Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründete Steuerforderungen und Erstattungsansprüche	800
2. Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf das Besteuerungsverfahren	802
3. Während des Insolvenzverfahrens entstehende Steuerforderungen	804
4. Vollstreckung des Finanzamtes wegen Masseforderungen	806
VII. Behandlung der Einzelsteuern im Verfahren nach der InsO	807
1. Einkommensteuer	807
2. Körperschaftsteuer	808
3. Lohnsteuer	808
4. Gewerbesteuer	809
5. Umsatzsteuer	809
6. Grunderwerbsteuer	811
7. Kfz-Steuer	811
8. Investitionszulage	812
9. Grundsteuern	812

VIII. Die Masseverbindlichkeiten nach § 55 Abs. 4 InsO	812
Kapitel 24 Die Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	813
A. Übergang des Verwaltungs- und Verfügungsrechts (§ 80 InsO)	815
I. Einleitung	815
II. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis über die Insolvenzmasse	816
III. Stellung des Schuldners	816
1. Allgemeines	816
2. Vermögensrechtliche Stellung des Schuldners	817
IV. Stellung des Insolvenzverwalters	817
1. Eintritt des Verwalters in Rechte und Pflichten des Schuldners	818
V. Auswirkungen der Stellung des Insolvenzverwalters	818
1. Prozessuale Folgen	818
2. Herausgabeanspruch des Insolvenzverwalters	818
3. Rechtsgeschäftliches Handeln des Insolvenzverwalters	818
4. Auskunftsansprüche in der Insolvenz	819
VI. Rechte und Pflichten des Verwalters	820
1. Allgemeines	820
2. Bindung an die bestehende Rechtslage	822
3. Gesellschaftsrechtliche Fragen	822
4. Fortführung und Veräußerung der schuldnerischen Firma	823
5. Das Verhältnis des Insolvenzverwalters zum Schuldner	823
6. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	824
7. Insolvenzzweckwidrige Rechtshandlungen des Insolvenzverwalters	824
8. Freigabe durch den Insolvenzverwalter	824
9. Rechte und Pflichten ggü. den Aus- und Absonderungsberechtigten	825
10. Buchführungs-, Bilanzierungs- und Steuererklärungspflichten des Insolvenzverwalters	826
11. Treuhänderische Pflichten des Insolvenzverwalters	826
VII. Veräußerungsverbot (§ 80 Abs. 2 InsO)	827
B. Das Wahlrecht des Insolvenzverwalters (§ 103 InsO)	827
I. Allgemeines	829
II. Zweck des Wahlrechts	829
III. Betroffene Verträge	830
1. Allgemeines	830
2. Einzelfälle	831
IV. Fehlende Vertragserfüllung	832
1. Allgemeines	832
2. Kaufvertrag	833
V. Wahlrecht	835
VI. Rechtsfolgen	837
VII. Nichtausübung des Wahlrechts	837
VIII. Anspruch wegen Nichterfüllung	837
C. Lösungsklauseln in der Insolvenz	838
I. Allgemeines	838
II. Die zwingende Natur der §§ 103 bis 118 InsO	839
III. Umfang der Unabdingbarkeit	840
IV. Die Rechtsfolgen	840
V. Lösungsklauseln	840
D. Die Verwertung der Insolvenzmasse	843

Inhaltsverzeichnis

V.	Unentgeltliche Leistung (§ 134 InsO)	904
VI.	Kapitaleretzende Darlehen (§ 135 InsO)	905
VII.	Stille Gesellschaft (§ 136 InsO)	906
VIII.	Anfechtbare Rechtshandlungen des Erben.	906
E.	Rechtsfolgen der Insolvenzanfechtung	907
I.	Rückgewähr, Wertersatz und Nutzungsersatz (§ 143 InsO)	907
II.	Gegenansprüche des Anfechtungsgegners (§ 144 InsO).	908
F.	Verjährung des Anfechtungsanspruchs (§ 146 InsO)	908

Kapitel 27 Das Arbeitsrecht in der Insolvenz 914

A.	Die Kündigung durch den Insolvenzverwalter	918
I.	Einleitung.	918
II.	Allgemeines.	918
III.	Sonderkündigungsschutz in der Insolvenz.	920
1.	Mutterschutz und Elternzeit in der Insolvenz	920
2.	Schwerbehinderten- und sonstiger Sonderkündigungsschutz in der Insolvenz	920
IV.	Das Schriftformerfordernis nach § 623 BGB.	921
V.	Die Massenentlassung (§ 17 KSchG).	923
1.	Einleitung	923
2.	Sanierungsspezifische Aspekte der Massenentlassung	924
3.	Die allgemeinen Grundsätze der Massenentlassung	925
B.	Kündigungsschutz in der Insolvenz	930
I.	Allgemeines.	930
II.	Die Unternehmerentscheidung	930
III.	Die Kündigung wegen geplanter Betriebsstilllegung	936
1.	Dringende betriebliche Erfordernisse	936
2.	Der Begriff der Betriebsstilllegung	937
3.	Greifbare Formen der geplanten Betriebsstilllegung	939
4.	Rationalisierungsmaßnahmen	939
5.	Missbrauchs- und Willkürkontrolle	941
6.	Der Wiedereinstellungsanspruch	942
7.	Die unternehmensübergreifende Sozialauswahl bei Gemeinschaftsbetrieben.	945
8.	Entlassungsrichtlinien zur Missbrauchsvermeidung	947
IV.	Soziale Auswahl.	948
1.	Allgemeines	948
2.	Die Prüfung der Sozialauswahlkriterien	949
3.	Die Sozialauswahl über Entlassungsrichtlinien	949
4.	Der für die Sozialauswahl maßgebliche Personenkreis.	951
5.	Die vergleichbaren Arbeitnehmer	952
6.	Die Vergleichbarkeit von teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern	953
7.	Die Vergleichbarkeit der Arbeitnehmer auf verschiedenen Hierarchieebenen	953
8.	Sozialauswahl bei Sonderkündigungsschutz	954
V.	Die Darlegungs- und Beweislast im Kündigungsschutzprozess	954
VI.	Die Sozialauswahlkriterien	956
VII.	Die einzelfallbezogene Gesamtabwägung.	957
VIII.	Der Wertungsspielraum des Arbeitgebers bei der Sozialauswahl	958
C.	Das Arbeitsverhältnis im eröffneten Verfahren	960
I.	Allgemeines.	960
1.	Einleitung	960

2.	Die Verkürzung der Kündigungsfrist durch § 113 InsO	960
3.	Die Freistellung der Arbeitnehmer	961
4.	Die Wiederholung der Kündigung durch den Insolvenzverwalter	961
5.	Die Anfechtung des Arbeitsverhältnisses	962
6.	Das angetretene Arbeitsverhältnis	962
7.	Die Behandlung der tariflichen Kündigungsfrist	963
II.	Die Regelung des Kündigungsrechts	963
III.	Betroffene Vertragsarten	964
IV.	Rechtsfolgen	966
D.	Fortbestand des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	966
I.	Allgemeines	966
II.	Der Anwendungsbereich des § 113 InsO	967
III.	Die Auswirkungen der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	967
E.	Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses in der Insolvenz	968
I.	Einleitung	968
II.	Die Kündigung von Arbeitsverhältnissen im Insolvenzverfahren	969
1.	Die Abkürzung der Kündigungsfrist	969
2.	Die Nachkündigung des Arbeitsverhältnisses	972
3.	Das insolvenzspezifische Freistellungsrecht	973
III.	Die Kündigungsfristen	974
1.	Die gesetzlichen Kündigungsfristen	974
2.	Die tarifvertraglichen Kündigungsfristen	974
3.	Das befristete Arbeitsverhältnis	975
4.	Das nicht angetretene Arbeitsverhältnis	975
IV.	Der Kündigungsschutz in der Insolvenz	976
V.	Änderungskündigung in der Insolvenz	977
1.	Einleitung	977
2.	Änderungskündigung zur Entgeltabsenkung	979
3.	Dringendes betriebliches Erfordernis zur Änderungskündigung	980
F.	Vorausverfügung über Vergütungsansprüche der Arbeitnehmer in der Insolvenz	982
I.	Allgemeines	982
II.	Bezüge aus dem Dienstverhältnis oder an dessen Stelle tretende laufende Bezüge	982
III.	Vorausverfügung über Dienstbezüge	984
IV.	Die Aufrechnung (§ 114 Abs. 2 InsO)	984
V.	Das Zusammentreffen von Pfändung, Abwicklung und Aufrechnungsbefugnis	984
G.	Kündigung von Betriebsvereinbarungen (§ 120 InsO)	985

Kapitel 28 Das Insolvenzgeld (§§ 183 ff. SGB III) 987

A.	Einleitung	989
B.	Die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Insolvenzgeld	989
C.	Insolvenz des Arbeitgebers	990
I.	Allgemeines	990
II.	Arbeitsverhältnis und Insolvenzereignis	990
III.	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	991
IV.	Abweisung des Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse	991
V.	Vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit	991
1.	Beendigung der Betriebstätigkeit	992
2.	Offensichtliche Masselosigkeit	992
VI.	Konkurrenz von Insolvenzzeitpunkten	992

D. Insolvenzgeldzeitraum 993

 I. Der sachliche Umfang der Ansprüche 993

 II. Weiterarbeit nach dem Insolvenzzeitpunkt 994

E. Arbeitsentgelt 995

 I. Begriff 995

 II. Sonderzahlungen 995

 III. Schadensersatzanspruch nach § 628 Abs. 2 BGB 995

 IV. Urlaubsansprüche 996

 1. Urlaubsentgelt 996

 2. Urlaubsgeld 996

 3. Urlaubsabgeltung 996

 V. Provisionen 996

 VI. Ansprüche der Leiharbeitnehmer 996

 VII. Nebenforderungen 996

 VIII. Die zeitliche Zuordnung des Arbeitsentgelts 996

F. Insolvenzgeldanspruch des Erben des Arbeitnehmers 997

G. Der Anspruchsausschluss von Insolvenzgeld (§ 166 SGB III) 997

 I. Einleitung 997

 II. Der Anspruchsausschluss durch Anfechtung des Insolvenzverwalters 997

 III. Das Leistungsverweigerungsrecht des Insolvenzverwalters 997

 IV. Anspruchsausschluss, wenn ein Insolvenzverfahren nicht eröffnet wird 997

 V. Der Erstattungsanspruch der BA 998

H. Die Höhe des Insolvenzgeldes (§ 167 SGB III) 998

I. Vorschuss auf das Insolvenzgeld (§ 168 SGB III) 998

J. Der Anspruchsübergang von Arbeitsentgeltansprüchen (§ 169 SGB III) 998

 I. Einleitung 998

 II. Der Anspruchsübergang von Arbeitsentgelt, Beitragsforderungen sowie die die Ansprüche sichernden Nebenrechte 999

 III. Die Geltendmachung der auf die BA übergegangenen Arbeitsentgeltansprüche 999

 1. Einleitung 999

 2. Die Geltendmachung von Masseforderungen 999

 IV. Die Geltendmachung übergegangener Arbeitsentgeltansprüche außerhalb des Insolvenzverfahrens 1000

 V. Die Geltendmachung von Sicherungsrechten durch die BA und die Sozialversicherungsträger 1000

 VI. Die Geltendmachung übergegangener Entgeltansprüche im Fall der Betriebsveräußerung 1000

K. Die Zahlung von Pflichtbeiträgen in der Insolvenz (§ 175 SGB III) 1000

 I. Die Beitragsentrichtung i. R. d. Insolvenzgeldes 1000

 II. Das Antragsverfahren des Sozialversicherungsträgers 1001

 III. Die erstattbaren Ansprüche 1001

 1. Allgemeines 1001

 2. Freiwillige Krankenversicherungsbeiträge 1001

 3. Nebenforderungen (Verzugszinsen und Säumniszuschläge) 1001

 IV. Kosten der Zwangsvollstreckung 1001

 V. Verjährte Beitragsforderungen 1001

Kapitel 29 Die Betriebsänderung in der Krise 1002

A. Einleitung 1003

B. Die Informationspflichten bei Betriebsänderungen 1003

C. Mitwirkungsrecht des Betriebsrats bei Betriebsänderungen (§ 111 BetrVG) 1003

D. Voraussetzungen des Beteiligungsrechts	1005
I. Betriebsgröße	1005
II. Betriebsänderung	1005
III. Das Verhältnis des § 111 Satz 1 zu § 111 Satz 2 BetrVG	1005
IV. Wesentliche Nachteile für die Belegschaft	1005
V. Rechtzeitige und umfassende Unterrichtung sowie Beratung	1006
E. Die einzelnen Fälle der Betriebsänderung in § 111 Satz 2 BetrVG	1007
I. Einschränkung und Stilllegung des ganzen Betriebs oder wesentlicher Betriebsteile	1007
II. Verlegung des ganzen Betriebs oder wesentlicher Betriebsteile	1009
III. Zusammenschluss mit anderen Betrieben	1009
IV. Grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen	1009
V. Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren	1010
F. Interessenausgleich über Betriebsänderung, Sozialplan (§ 112 BetrVG)	1010
I. Allgemeines	1010
II. Der Interessenausgleich	1011
III. Der Sozialplan	1012
1. Die Voraussetzungen für die Aufstellung eines Sozialplanes	1012
2. Der personelle Geltungsbereich des Sozialplanes	1013
3. Die rechtliche Einordnung des Sozialplanes	1014
IV. Der Sozialplan nach Durchführung der Betriebsänderung ohne Beteiligung des Betriebsrats	1014
V. Konkurrenz zwischen Ansprüchen aus Sozialplan und Nachteilsausgleich (§ 113 BetrVG)	1015
VI. Sozialplan und Tarifvertrag	1015
VII. Sozialplan und Einzelarbeitsvertrag	1015
VIII. Das Zustandekommen des Sozialplanes	1015
IX. Die Rechtswirkungen des Sozialplanes	1017
X. Der Inhalt des Sozialplanes	1018
XI. Die Beendigung des Sozialplanes	1019
G. Die Leitlinien für die Ermessensentscheidung nach § 112 Abs. 5 BetrVG	1020
I. Allgemeines	1020
II. § 112 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BetrVG	1020
III. § 112 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BetrVG	1021
IV. Förderungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Arbeitslosengeld (§ 112 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2a BetrVG)	1021
V. § 112 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BetrVG	1022
H. Personalabbau und Neugründungen (§ 112a BetrVG)	1022
I. Der erzwingbare Sozialplan beim Personalabbau	1022
II. Die Sozialplanpflichtigkeit neu gegründeter Unternehmen	1023
I. Der Weg von der Planung bis zur Durchführung der Betriebsänderung	1023
I. Interne Vorarbeiten der Geschäftsleitung	1023
II. Personalanpassungsmaßnahmen ohne Personalabbau	1024
III. Personalabbaumaßnahmen ohne Entlassungen	1024
IV. Kündigungen und Entlassungen	1024
V. Begründung der Personalabbaumaßnahmen	1025
VI. Übersicht über die Struktur der betroffenen Belegschaft	1025
VII. Auflistung der möglicherweise betroffenen Arbeitnehmer	1025
VIII. Max. vertretbare Kostenbelastung durch die Personalmaßnahmen	1025
IX. Prüfung anderweitiger Unterbringung der Arbeitskräfte	1025
X. Aufstellung eines Zeitplanes für die Durchführung der Personalmaßnahmen	1025
XI. Aufgabenverteilung	1025
XII. Unterrichtungspflichten	1026

XIII. Ablauf der Beratungen über den Versuch eines Interessenausgleichs und Abschluss eines Sozialplanes.	1026
XIV. Muster von Vereinbarungen über Interessenausgleich und Sozialplan	1027
1. Muster für Interessenausgleich mit Erläuterungen	1027
2. Muster für einen Sozialplan	1028
3. Muster Abfindungstabelle.	1032
4. Muster einer Ausgleichsquittung	1033
5. Muster für Interessenausgleich und Sozialplan	1033
6. Muster einer Betriebsvereinbarung und eines Interessenausgleichs	1037
7. Muster eines Sozialplans zum Interessenausgleich.	1039
XV. Vorbereitung der personellen Maßnahmen	1042
XVI. Durchführung von Interessenausgleich und Sozialplan	1046
XVII. Mitteilung an Behörden und andere Stellen bei Betriebsstilllegung	1046
J. Nachteilsausgleich (§ 113 BetrVG)	1046
I. Allgemeines.	1046
II. Abweichungen vom Interessenausgleich (§ 113 Abs. 1 BetrVG).	1047
III. Ausgleich anderer wirtschaftlicher Nachteile (§ 113 Abs. 2 BetrVG)	1048
IV. Maßnahmen ohne Versuch eines Interessenausgleichs (§ 113 Abs. 3 BetrVG)	1049
 Kapitel 30 Die Betriebsänderung in der Insolvenz.	 1051
A. Einleitung	1054
B. Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung (§§ 121, 122 InsO)	1056
I. Allgemeines.	1056
II. Die betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungsrechte in der Insolvenz	1058
III. Mitwirkungsrechte des Betriebsrats bei Betriebsänderungen	1058
1. Allgemeines	1058
2. Die Informationspflichten bei Betriebsänderungen.	1060
IV. Interessenausgleich über Betriebsänderungen und Sozialplan	1060
1. Allgemeines	1060
2. Der Interessenausgleich	1060
3. Verhandlungsbeginn über einen Interessenausgleich.	1062
4. Verhandlungsaufforderung	1062
5. Scheitern der Verhandlungen	1063
6. Anrufung der Einigungsstelle	1063
7. Antrag auf Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung (§ 122 InsO) ..	1064
8. Beschlussverfahren	1066
9. Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde	1068
10. Durchführung der Betriebsänderung	1068
11. Die Anhörung des Betriebsrats zur Kündigung der Arbeitnehmer	1068
C. Der Sozialplan in der Insolvenz (§§ 123, 124 InsO).	1070
I. Allgemeines.	1071
II. Voraussetzungen des Beteiligungsrechts.	1071
III. Umfang des Sozialplans.	1074
1. Allgemeines	1074
2. Der Sozialplanumfang	1076
3. Zeitpunkt der Aufstellung des Sozialplans	1077
4. Ausgleich oder Milderung wirtschaftlicher Nachteile	1078
5. Arbeitnehmer	1078
6. Die von Entlassung betroffenen Arbeitnehmer	1079

7. Der Monatsverdienst	1080
8. Absolute und relative Begrenzung.	1080
9. Masseverbindlichkeit	1081
10. Abschlagszahlungen	1084
11. Anrechnung von Abfindungsleistungen	1084
IV. Der Sozialplan vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.	1085
1. Allgemeines	1085
2. Widerruf des Sozialplans	1085
D. Interessenausgleich und Kündigungsschutz (§§ 125, 126 InsO).	1086
I. Einleitung.	1088
II. Einschaltung einer Beschäftigungsgesellschaft	1092
1. Die Einbeziehung des Kurzarbeitergeldes	1093
2. Die Überleitung der Arbeitnehmer in die Beschäftigungsgesellschaft	1094
3. Die Finanzierung der Beschäftigungsgesellschaft	1094
4. Beschäftigungsgesellschaft und Betriebsübergang	1095
5. Positive Wirkungen der Beschäftigungsgesellschaft	1095
III. Der Interessenausgleich nach § 125 InsO	1096
IV. Der Kündigungsschutz bei Zustandekommen einer Namensliste	1097
1. Einleitung	1097
2. Die Namensliste im Interessenausgleich	1098
3. Rechtswirkungen des Interessenausgleichs mit Namensliste	1100
4. Die Darlegungs- und Beweislast des Insolvenzverwalters	1106
5. Die Vermutungswirkungen des § 125 InsO	1106
6. Die Betriebsbedingtheit der Kündigung	1108
7. Die Sozialauswahl.	1108
8. Die Ausgewogenheit der Personalstruktur.	1111
V. Wesentliche Änderung der Sachlage	1113
VI. Stellungnahme des Betriebsrats nach § 17 Abs. 3 Satz 2 KSchG.	1114
E. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz (§ 126 InsO).	1116
I. Einleitung.	1116
II. Antrag des Insolvenzverwalters	1117
III. Personalabbau bei Scheitern des Interessenausgleichs (§ 126 InsO)	1117
1. Allgemeines	1117
2. Beschlussverfahren	1119
IV. Die Kosten des Verfahrens.	1121
V. Personalabbau bei Scheitern des Beschlussverfahrens nach § 126 InsO	1121
VI. Anhörung des Betriebsrats.	1121
 Kapitel 31 Die Unternehmenssanierung nach dem ESUG	 1123
A. Die Einbeziehung der Rechte der Anteilseigner in den Insolvenzplan – Debt-Equity-Swap (nachfolgend DES genannt)	1125
I. Allgemeines (Begriff/Auslöser/Zweck des DES).	1125
II. Möglichkeiten zur bankmäßigen Umgestaltung von Kreditverträgen	1126
III. Die Übernahme der Gesellschafterstellung durch die Kreditgeber.	1126
IV. Die Umwandlung von Gläubigerforderungen in Eigenkapital.	1126
1. Der Genussrechtserwerb.	1126
2. Der Ablauf einer Debt-Equity-Swap (DES)-Gestaltung	1126
V. Debt-Equity-Swap (DES) und der Insolvenzplan	1127
1. Allgemeines	1127

2.	Eingriffe in Anteils- und Mitgliedschaftsrechte	1128
3.	Die Gruppenbildung	1128
4.	Der Erörterungs- und Abstimmungstermin	1128
5.	Das Stimmrecht der Anteilsinhaber	1128
6.	Das Obstruktionsverbot	1128
7.	Der Minderheitenschutz	1129
VI.	Die Maßnahmen i.R.d. DES	1129
1.	Einleitung	1129
2.	Die Kapitalherabsetzung	1129
3.	Die Kapitalerhöhung	1130
4.	Die Werthaltigkeit der eingebrachten Forderung	1130
5.	Der Bezugsrechtsausschluss	1131
6.	§ 225a Abs. 4 InsO	1132
7.	Registereintragungen	1132
8.	Das Insolvenzanfechtungsrisiko	1132
VII.	Der Sanierungsgewinn	1133
VIII.	Der Verlust von Verlustvorträgen	1133
B.	Die Eigenverwaltung (§§ 270 bis 270c InsO)	1133
I.	Allgemeines	1133
II.	§ 270a InsO	1134
III.	Das Schutzschirmverfahren (§ 270b InsO)	1134
IV.	Pflicht zur Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses	1134
1.	Gesetzesmaterialien	1134
2.	Gesetzeszweck	1135
3.	Bilanzsumme von 4.840.000 €	1136
4.	Umsatzerlöse i. H. v. 9.680.000 €	1136
5.	50 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	1136
V.	Bestellungsinformation für die Besetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses	1137
1.	Informationen des Schuldners	1137
2.	Informationen durch die Gläubiger	1137
VI.	Sicherungsmaßnahmen vor Bestellung des vorläufigen Gläubigerausschusses	1137
VII.	Verzicht auf den vorläufigen Gläubigerausschuss	1137
VIII.	Zusammensetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses	1138
IX.	Die Gläubigermitwirkung bei der Besetzung des vorläufigen Gläubigerausschusses	1138
X.	Die Anhörung des vorläufigen Gläubigerausschusses vor Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	1138
XI.	Das Anforderungsprofil des vorläufigen Insolvenzverwalters	1138
XII.	Rechtswirkungen des einheitlichen Vorschlags des vorläufigen Insolvenzverwalters	1140
XIII.	Rechtswirkungen des mehrheitlichen Vorschlags des Gläubigerausschusses	1140
XIV.	Der fakultative Gläubigerausschuss	1140
XV.	Die Abwahl des vorläufigen Insolvenzverwalters nach § 56a Abs. 3 InsO	1140
1.	Allgemeines	1140
2.	Der Anwendungsbereich des § 56a Abs. 3 InsO	1140
Kapitel 32	Der Insolvenzplan	1142
A.	Einleitung	1149
B.	Der Inhalt des Insolvenzplans (§ 217 InsO)	1153
I.	Allgemeines	1153
II.	Die Rechtsnatur des Insolvenzplans	1154

III.	Beteiligte am Insolvenzplan	1156
IV.	Regelungstatbestand des Insolvenzplans	1157
C.	Vorlage des Insolvenzplans (§ 218 InsO)	1158
I.	Vorlage des Insolvenzplans durch den Insolvenzverwalter	1158
II.	Vorlage des Insolvenzplans durch den Schuldner	1159
III.	Vorlage des Insolvenzplans durch den Sachwalter	1160
IV.	Die Vorlage eines Insolvenzplans durch den Gläubiger	1161
V.	Konkurrenz von Plänen	1161
D.	Die Gliederung des Insolvenzplans (§ 219 InsO)	1161
I.	Allgemeines	1161
II.	Die Gliederung des Insolvenzplans	1163
III.	Überwachung des Plans	1163
E.	Der darstellende Teil des Insolvenzplans (§ 220 InsO)	1164
I.	Allgemeines	1164
II.	Inhalt des darstellenden Teils des Insolvenzplans	1166
1.	Allgemeines	1166
2.	Unternehmensanalyse	1167
3.	Qualitative Analysedaten	1167
4.	Quantitative Daten	1167
E	Der gestaltende Teil des Insolvenzplans (§ 221 InsO)	1168
I.	Allgemeines zur Änderung der Rechtsstellung der Beteiligten	1168
II.	Die Sanierung bei Aufgabe der bisherigen Unternehmensform	1170
1.	Fortführungsgesellschaften	1170
2.	Sanierungsgesellschaften	1171
3.	Betriebsübernahmengesellschaften	1172
4.	Auffanggesellschaft	1172
III.	Inhalt des gestaltenden Teils des Insolvenzplans	1173
IV.	Beispiele für den gestaltenden Teil des Insolvenzplans	1174
1.	Der Verbindlichkeiterlass	1174
2.	Der Verbindlichkeiterlass und die Liquidation des Schuldnerunternehmens	1174
3.	Betriebsfortführung durch den Schuldner	1175
4.	Betriebsfortführung verbunden mit Gesellschafterwechsel	1175
5.	Kumulative Sanierungsmaßnahmen	1175
6.	Die Gestaltung schuldrechtlicher Beziehungen	1176
V.	Dept-Equity-Swap	1176
1.	Grundlagen	1176
2.	Dept-Equity-Swap nach Reform der InsO durch das ESUG	1177
3.	Notwendigkeit der Forderungsbewertung i. R. d. Dept-Equity-Swap	1178
4.	Forderungsbewertung i. R. d. Dept-Equity-Swap	1179
5.	Steuerliche Folgen des Dept-Equity-Swap	1183
VI.	Gesellschaftsrechtliche Vorgänge	1183
1.	Allgemeines	1183
2.	GbR	1184
3.	OHG	1184
4.	KG	1185
5.	GmbH & Co. KG	1185
6.	GmbH	1185
7.	AG	1190
8.	Stille Beteiligung	1190
9.	Sanierungsg geeignete Unternehmensverträge	1191
10.	Umwandlung von Unternehmensformen	1191
11.	Handelsregisteranmeldung	1192
VII.	Die Bildung von Gruppen im Insolvenzplan (§ 222 InsO)	1192

1. Einleitung	1192
2. Gruppenbildung (§ 222 InsO)	1194
3. Gerichtliche Inhaltskontrolle bezüglich der Gruppenabgrenzung	1195
4. Verfassungsmäßige Relevanz der Gruppenbildung	1195
5. Die Bildung mehrerer Gläubigergruppen	1196
6. Werthaltigkeit der Forderungen oder die Sicherung des Kriteriums der Gruppenbildung	1196
G. Rechte der Absonderungsberechtigten (§ 223 InsO)	1199
I. Allgemeines	1199
II. Die Auslegungsregel	1199
H. Rechte der Insolvenzgläubiger (§ 224 InsO)	1200
I. Allgemeines	1200
II. Insolvenzgläubigerrechte	1200
I. Rechte der nachrangigen Gläubiger (§ 225 InsO)	1202
I. Einleitung	1202
II. Die nachrangigen Gläubiger (§ 39 InsO)	1202
1. Mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens laufende Zinsen	1202
2. Kosten der Teilnahme am Verfahren	1203
3. Geldstrafe, Ordnungsgelder und Zwangsgelder	1203
4. Leistungen aus Schenkungsversprechen	1203
5. Leistungen aus kapitaleretzenden Darlehen	1204
6. Nachrangforderungen	1204
J. Gleichbehandlung der Gläubiger (§ 226 InsO)	1204
I. Einleitung	1204
II. Gleichbehandlungsgrundsatz	1204
1. Allgemeines	1204
2. Bedeutung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	1205
3. Verbotene Sonderbegünstigungen	1205
4. Nichtigkeit von Sonderabkommen	1208
K. Haftung des Schuldners (§ 227 InsO)	1208
I. Einleitung	1208
II. Haftung des Schuldners	1209
L. Änderung der sachenrechtlichen Verhältnisse (§ 228 InsO)	1210
I. Einleitung	1210
II. Änderung sachenrechtlicher Verhältnisse	1210
M. Vermögensübersicht, Ergebnis- und Finanzplan (§ 229 InsO)	1211
I. Einleitung	1211
II. Plananlagen (§§ 229, 230, 232 InsO)	1212
1. Allgemeines	1212
2. Vermögensübersicht	1212
3. Plan-, Gewinn- und Verlustrechnung	1213
4. Die Planliquiditätsrechnungen	1213
III. Weitere Anlagen (§ 230 InsO)	1213
1. Einleitung	1213
2. Weitere Plananlagen	1213
N. Zurückverweisung des Plans (§ 231 InsO)	1214
I. Einleitung	1214
II. Vorprüfung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht (§ 231 InsO)	1214
1. § 231 Abs. 1 Nr. 1 InsO	1214
2. § 231 Abs. 1 Nr. 2 InsO	1215
3. § 231 Abs. 1 Nr. 3 InsO	1216
4. § 231 Abs. 2 InsO	1216
5. § 231 Abs. 3 InsO	1216

O. Stellungnahme zu dem Plan (§ 232 InsO)	1217
I. Einleitung.	1217
II. Die Stellungnahmen zum Plan	1217
III. Mitwirkung des Gläubigerausschusses	1217
IV. Stellungnahme des Insolvenzverwalters	1218
V. Stellungnahme des Schuldners	1218
VI. Stellungnahme der amtlichen Berufsvertretung oder anderer sachkundiger Stellen	1218
VII. Frist zur Stellungnahme	1219
P. Die Abstimmungsregeln für den Insolvenzplan	1219
Q. Das Obstruktionsverbot (§ 245 InsO)	1219
I. Einleitung.	1219
II. Obstruktionsverbot.	1220
1. Einleitung	1220
2. § 245 Abs. 1 Nr. 1 InsO	1220
3. § 245 Abs. 1 Nr. 2 InsO	1222
4. § 245 Abs. 1 Nr. 3 InsO	1222
R. Minderheitenschutz (§ 251 InsO)	1223
I. Einleitung.	1223
II. Minderheitenschutz (§ 251 InsO)	1224
S. Die Bestätigung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht (§ 248 InsO).	1225
T. Allgemeine Wirkungen des Plans (§ 254 InsO)	1226
I. Allgemeines (§ 254 InsO)	1226
II. Betroffene Forderungen	1226
III. Nicht betroffene Forderungen	1226
IV. Restforderung	1227
V. Rechtsänderungen.	1228
VI. Die die Planquote übersteigende Befriedigung des Gläubigers.	1228
U. Überwachung der Sanierungsmaßnahmen.	1229
I. Grundsätzliches zur Überwachungsaufgabe.	1229
1. Rechtliche Pflichten	1229
2. Managementzyklus und Sanierungsphasen.	1229
3. Überwachungskomplexe.	1229
II. Strategische Überwachung	1229
1. Messprobleme	1230
2. Zeithorizont	1230
3. Organisation, Führung und persönliche Interessen.	1230
III. Überwachung des Tagesgeschäfts	1230
1. Grundvoraussetzungen	1230
2. Informationsaufbereitung.	1231
3. Beobachtungsbereiche	1231
4. Toleranzgrenzen	1232
5. Informationsrhythmen	1232
6. Zwischenabschlüsse	1232
 Kapitel 33 Die Rechnungslegung in der Insolvenz	 1233
A. Steuerrechtliche Buchführungs- und Steuererklärungspflichten des Insolvenzverwalters.	1234
B. Die Haftung im Steuerrecht	1234
C. Die steuerrechtliche Stellung des Insolvenzschuldners	1235
D. Die steuerrechtliche Buchführungs- und Rechnungslegungspflicht des Insolvenzverwalters	1236

I.	Steuerrechtliche Vorschriften zur Buchführung	1236
II.	Die steuerlichen Gewinnermittlungsarten	1237
III.	Der vollständige Betriebsvermögensvergleich in der Insolvenz	1237
	1. Insolvenzbilanzen nach dem Steuerrecht	1237
	2. Der Beginn des neuen Wirtschaftsjahres	1238
	3. Die Schlussbilanz für das letzte Wirtschaftsjahr vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1238
	4. Die Abwicklungs-Eröffnungsbilanz für das Wirtschaftsjahr nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	1239
	5. Der Abwicklungs-Jahresabschluss während des laufenden Insolvenzverfahrens	1240
	6. Die Schlussbilanz für das Wirtschaftsjahr der Verfahrensbeendigung	1240
IV.	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung	1241
	1. Stichtagsprinzip	1241
	2. Vollständigkeitsgrundsatz	1242
	3. Grundsatz der Bilanzidentität	1242
	4. Grundsatz der Bewertungsstetigkeit	1243
	5. Going-Concern-Grundsatz	1243
V.	Ansatz- und Bewertungsvorschriften in der Steuerbilanz	1243
	1. Ansatz und Bewertung der Aktiva im eröffneten Insolvenzverfahren	1244
	2. Ansatz und Bewertung der Passiva im Insolvenzverfahren	1245
VI.	Bilanzprüfung	1247
VII.	Der Besteuerungsablauf im Insolvenzverfahren	1247
E.	Steuerrechtliche und handelsrechtliche Rechnungslegung in der Insolvenz	1248
	I. Adressatenkreis	1248
	II. Die handelsrechtliche Buchführungs- und Rechnungslegungspflicht im Insolvenzverfahren	1249
	III. Unterschiede in Ansatz und Bewertung in Steuer- und Handelsbilanz	1249
	IV. Relevanz der steuer- und handelsrechtlichen Rechnungslegung im Insolvenzverfahren	1251
F.	Die steuerliche Behandlung des Sanierungsgewinns	1251
	I. Einleitung	1251
	II. Sanierung	1251
	III. Sanierungsgewinn	1252
	IV. InsO und der Sanierungsgewinn	1252
	V. Sachliche Billigkeitsmaßnahme durch die Finanzverwaltung	1253
	VI. Voraussetzungen für die Anwendung der Billigkeitsmaßnahme	1253
	VII. Übertragende Sanierung	1253
	VIII. Schuldnerlass zum Zweck der Sanierung	1253
	IX. Verrechenbare Verluste	1254
	X. Abweichende Festsetzung der Steuer (§ 163 AO), Steuerstundung und Steuererlass (§ 222 AO, § 227 AO)	1254

Kapitel 34 Die Verteilung der Insolvenzmasse 1262

A.	Allgemeines	1262
B.	Durchführung der Verteilung	1263
C.	Zu berücksichtigende Forderungen	1263
D.	Abschlagsverteilungen	1264
E.	Zustimmung des Gläubigerausschusses	1264
F.	Besonderheiten bei der Eigenverwaltung unter der Aufsicht eines Sachwalters	1265
G.	Vereinfachte Verteilung (§ 314 InsO)	1265
H.	Verteilungsverzeichnis	1265

I.	Allgemeines.	1265
II.	Wirkungen des Verzeichnisses.	1266
III.	Niederlegung des Verteilungsverzeichnisses.	1267
IV.	Öffentliche Bekanntmachung.	1267
V.	Unterlassene Niederlegung und Bekanntmachung.	1267
I.	Berücksichtigung bestrittener Forderungen (§ 189 InsO).	1267
I.	Allgemeines.	1267
II.	Nachweis der Feststellung.	1267
III.	Zurückbehaltung der Anteile.	1268
IV.	Folgen der Fristversäumnis.	1268
J.	Berücksichtigung absonderungsberechtigter Gläubiger (§ 190 InsO).	1268
I.	Allgemeines.	1268
II.	Berücksichtigung von Absonderungsberechtigten mit eigener Verwertungsbefugnis.	1268
III.	Berücksichtigung von Absonderungsrechten bei Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters.	1269
K.	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen (§ 191 InsO).	1270
I.	Allgemeines.	1270
II.	Berücksichtigung aufschiebend bedingter Forderungen.	1270
L.	Nachträgliche Berücksichtigung (§ 192 InsO).	1270
M.	Einwendungen gegen das Verteilungsverzeichnis (§ 194 InsO).	1271
I.	Einwendungsberechtigung.	1271
II.	Einwendungen.	1271
III.	Verfahren und gerichtliche Entscheidung.	1272
IV.	Verteilungsverfahren.	1272
N.	Festsetzung des Bruchteils (§ 195 InsO).	1273
O.	Schlussverteilung (§ 196 InsO).	1273
I.	Allgemeines.	1273
II.	Durchführung der Schlussverteilung.	1274
III.	Zustimmung des Insolvenzgerichts.	1274
P.	Schlusstermin (§ 197 InsO).	1275
I.	Allgemeines.	1275
II.	Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis.	1275
III.	Prüfung von Forderungen im Schlusstermin.	1276
IV.	Entscheidung über nicht verwertbare Massegegenstände.	1276
V.	Anhörung zur Restschuldbefreiung.	1276

Kapitel 35 Die Aufhebung und die Einstellung von Insolvenzverfahren 1277

A.	Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§ 200 InsO).	1278
I.	Allgemeines.	1278
II.	Aufhebung des Insolvenzverfahrens.	1278
III.	Wirkung der Verfahrensaufhebung.	1278
B.	Rechte der Gläubiger nach der Verfahrensaufhebung (§ 201 InsO).	1279
I.	Allgemeines.	1279
II.	Vollstreckung aus der Insolvenztabelle.	1279
1.	Voraussetzungen des Nachforderungsrechts.	1279
2.	Frühestmöglicher Zeitpunkt der Nachforderung.	1280
III.	Beschränkung des Nachforderungsrechts.	1280
C.	Die Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse (§ 207 InsO).	1280
I.	Allgemeines.	1280

IV.	Die Sicherung der Anwartschaften (§ 7 Abs. 2 BetrAVG)	1334
1.	Abgrenzung des Anspruchsumfangs	1334
2.	Betriebsübergang gem. § 613a BGB und Insolvenz.	1338
V.	Höhe der vom PSVaG zu erbringenden Leistungen.	1341
1.	Versorgungsansprüche	1341
2.	Anwartschaften	1342
VI.	Anspruchsbegrenzungen und Leistungsausschlüsse	1343
VII.	Minderung des Anspruchs durch Leistungen des Arbeitgebers oder sonstiger Versorgungsträger (§ 7 Abs. 4 BetrAVG)	1343
VIII.	Anspruchsausschluss bei Missbrauch (§ 7 Abs. 5 BetrAVG)	1345
IX.	Anspruchsbegrenzungen bei außergewöhnlichen Ereignissen (§ 7 Abs. 6 BetrAVG)	1347
X.	Verjährung der Ansprüche auf Insolvenzversicherung	1347
 Kapitel 38 Die Straftaten in der Insolvenz (§§ 283, 283a bis 283d StGB)		1348
A.	Einleitung	1350
B.	Die Bankrottstraftaten (§§ 283 ff. StGB)	1351
I.	Allgemeines.	1351
II.	Die wirtschaftliche Krise.	1352
III.	Die Bankrotthandlungen des § 283 Abs. 1 StGB	1354
1.	§ 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB	1354
2.	§ 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	1356
3.	§ 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	1357
4.	§ 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	1358
5.	§ 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB	1359
6.	§ 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB	1361
7.	§ 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB	1362
8.	§ 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	1365
IV.	Die Bankrotthandlungen des § 283 Abs. 2 StGB	1366
V.	Der Vorsatz	1366
VI.	Der Versuch (§ 283 Abs. 3 StGB)	1367
VII.	Die Bankrotthandlungen mit Vorsatz- und Fahrlässigkeitsmomenten (§ 283 Abs. 4 StGB).	1367
VIII.	Die Fahrlässigkeit (§ 283 Abs. 5 StGB)	1367
IX.	Die objektive Strafbarkeitsbedingung (§ 283 Abs. 6 StGB)	1368
X.	Die Vollendung.	1369
XI.	Täterschaft und Teilnahme	1370
XII.	Besonders schwerer Fall des Bankrotts (§ 283a StGB)	1370
1.	Die Regelbeispiele für besonders schwere Fälle des Bankrotts (§ 283a Nr. 1 und 2 StGB).	1371
2.	Sonstige besonders schwere Fälle des Bankrotts	1371
3.	Der Vorsatz	1372
4.	Teilnahme	1372
XIII.	Die Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	1372
1.	Allgemeines	1372
2.	Die Tathandlungen des § 283b Abs. 1 StGB	1372
3.	Der Vorsatz	1373
4.	Die objektive Strafbarkeitsbedingung (§ 283b Abs. 3 StGB)	1373
5.	Vollendung und Versuch	1373
6.	Konkurrenzen	1373
XIV.	Gläubigerbegünstigung (§ 283c StGB)	1373
1.	Allgemeines	1373

2.	Die Tathandlung des § 283c Abs. 1 StGB	1374
XV.	Schuldnerbegünstigung (§ 283d StGB)	1376
1.	Allgemeines	1376
2.	Die Tathandlungen des § 283d Abs. 1 StGB	1377
3.	Der subjektive Tatbestand	1377
4.	Vollendung und Versuch	1377
5.	Täterschaft und Teilnahme	1377
C.	Straftaten von Gesellschaften	1378
I.	Untreue (§ 266 StGB)	1378
1.	Allgemeines	1378
2.	Untreue durch den Insolvenzverwalter	1379
3.	Untreuerisiko bei Kreditvergabe von Banken	1380
II.	Pflichtverletzung, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (§§ 84 Abs. 1 GmbHG, 15a Abs. 4, 5 InsO)	1380
1.	Einleitung	1381
2.	Der Täterkreis des § 15a Abs. 4, 5 InsO	1382
3.	Teilnahme	1383
4.	Unterlassen des Insolvenzantrages	1384
5.	Der Insolvenzgrund der Zahlungsunfähigkeit	1384
6.	Der Insolvenzgrund der Überschuldung	1384
7.	Vorsatz	1384
8.	Vollendung und Beendigung der Tat	1384
D.	Das Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB)	1384
I.	Einleitung	1385
II.	Arbeitgeber	1385
III.	Sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis (§ 7 SGB IV)	1385
IV.	Arbeitnehmeranteil	1385
V.	Vorenthalten von Sozialversicherungsbeiträgen	1386
VI.	Unmöglichkeit der Beitragsabführung	1387
VII.	Verschulden	1388
VIII.	Die strafbefreiende Selbstanzeige	1389
	Stichwortverzeichnis	1391